

Kreis-CDU steht hinter Landwirten

Anträge zu Messstellen und Bauverfahren für Stallanlagen gestellt

VON JACQUELINE SCHULTZ

Wildeshausen. Der CDU-Kreisvorstand und die Kreistagsfraktion haben sich in einer gemeinsamen Sitzung zum wiederholten Mal mit der Situation der hiesigen Landwirte beschäftigt. Thema in den Gesprächen mit der Bundestagsabgeordneten Astrid Grotelüschen und dem Landtagsabgeordneten Karl-Heinz Bley waren unter anderem die Düngeverordnung, das Tierwohl und das Baurecht, wie CDU-Vorsitzender Dirk Vorlauf mitteilt.

„Wir können und wollen diejenigen, die uns mit hochwertigen Lebensmitteln ernähren, nicht alleine lassen, sondern müssen gemeinsam nach Lösungen suchen“, lautete das gemeinsame Credo. Die Kreistagsfraktion hat bei der Kreisverwaltung deshalb mehrere Anträge zu diesem Thema eingereicht: Der Umwelt- und Abfallwirtschaftsausschuss soll sich mit den „Wassergütemessstellen im Landkreis Oldenburg“ befassen. Dazu sollen die

Messergebnisse von sämtlichen Brunnen im Landkreis Oldenburg aufgelistet werden. Außerdem fordert die CDU von der Kreisverwaltung einen Bericht über Bauanträge, die auf eine Verbesserung der Stallanlagen in Bezug auf Haltungsbedingungen der Tiere gerichtet sind. Es sollten Möglichkeiten aufgezeigt werden, wie diese zügig und förderlich bearbeitet werden können.

Beide Abgeordneten bedankten sich bei den Landwirten für die Demonstrationen, die auf Landes- und Bundesebene notwendige Bewegung in die Diskussionen gebracht hätten. So resultierten daraus Initiativen, insbesondere zum Messstellensystem, der Häufigkeit und Qualität der Messungen. Die Koordination zwischen Landwirtschaft und dem für Wasser zuständigen Umweltministerium gestaltete sich jedoch schwierig.

Grotelüschen wies auf den Termin 3. April hin, bis zu dem der Abstimmungsprozess der Bundesländer zur Dünge-Verordnung spätes-

tens stattgefunden haben muss, da diese mit der Bundesregierung zusammen, die Entscheidungen Richtung Brüssel treffen werden. Die Sitzungsteilnehmer begrüßten, dass der Kreislandvolkverband ein eigenes Gutachten in Auftrag gegeben habe. Allerdings würden die Ergebnisse dazu erst im April erwartet.

Die Runde war sich einig, dass insgesamt das Verursacherprinzip stärker in den Vordergrund gerückt werden müsse. Hajo Suhr und Sonja Plate, selbst Landwirte, mahnten an, fair und sachlich, und gemeinsam mit der Landwirtschaft zu diskutieren, wie Vorlauf berichtet. Nicht nur im Landkreis Oldenburg, sondern insbesondere in Niedersachsen, als Agrarland Nummer Eins mit 130 000 direkten und über 500 000 nachgelagerten Arbeitsplätzen, stelle die Landwirtschaft einen wichtigen Wirtschaftsfaktor dar. Mit den derzeit angedachten Maßnahmen sei jedoch die Wettbewerbsfähigkeit infrage gestellt.